

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	36. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	14. März 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 29 der Tagesordnung: Prüfung und Gegenüberstellung bestehender Softwarelösungen zur Anmeldung und Datenverarbeitung der Anmeldung bei Kindertagesstätten und Kindergärten
Interfraktioneller Antrag: CDU, GRÜNE
Vorlage: 2017/0084

Beschluss:

Kenntnisnahme der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 29 zur Behandlung auf:

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): In unserem gemeinsamen Antrag mit der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, geht es um smartKITA, ein Onlineanmeldeverfahren für unsere Kindergärten und Kitas in Karlsruhe. Ich muss in das Jahr 2015 zurückgehen, da hatte meine Fraktion zum Thema: Umfrage zu den Betreuungsplätzen, wie ist der aktuelle Stand, wie viele Kinder stehen auf der Warteliste, wie ist das Ganze auf die Stadtteile verteilt, hier im Haus einen Antrag gestellt. Zu diesem Zeitpunkt, als es dann im April 2015 behandelt wurde, hat uns die Verwaltung gesagt, wartet ab, unser smartKITA-System ist am Laufen, und wir haben in Kürze die Zahlen aus diesem System. Dann ist einige Zeit nichts passiert, und erst durch die Anfrage, die am 17. Januar von uns gestellt wurde, hat sich herausgestellt, dass das smartKITA-System, wie wir es besprochen haben, nicht funktioniert. Es gab zwar Andeutungen im Ausschuss, aber so klipp und klar war es erst im Januar, schwarz auf weiß auf dem Tisch gelegen, dass unser smartKITA-System nicht funktioniert und die Verwaltung dabei ist eine neue Ausschreibung für ein neues System vorzubereiten. Dieses neue System würde natürlich Geld kosten. Wir waren zu diesem Zeitpunkt im Haus beschäftigt, um Einsparvorschläge zu sammeln, und da kam der Gedanke auf, wie es weitergehen kann. Grundsätzlich ist es für meine Fraktion einfach unverständlich, wie wir hier in unserer IT-Stadt Karlsruhe nicht imstande sind, so ein System zum Laufen zu bringen. Das muss ich jetzt auch mal klipp und klar sagen. Und zwar ein System, das sowohl für die Verwaltung verlässlich ist, weil wir unseren Trägern über die Förderrichtlinien vorschreiben, dass Sie dieses System anwen-

den müssen, und aber auch ein anwenderfreundliches System für die Familien, die ihre Kinder anmelden wollen. Deswegen war es folgerichtig, dass wir gemeinsam diesen Antrag gestellt haben - Kollegin Rastätter wird auch noch etwas dazu sagen - weil wir uns damit beschäftigt haben, welche Möglichkeiten es gibt und wie das andere Städte regeln. Da sind wir auf ein System von der KVJS die „Zentrale Vormerkung“ gestoßen, das im Grundpaket kostenfrei ist und mehrere Großstädte in Baden-Württemberg nutzen. Es gibt aber noch andere Anwendungen, wir haben ja das Kitanet Frankfurt angesprochen oder den Kita-Navigator aus Düsseldorf. Unser Anliegen ist, dass wir uns mit diesen Systemen beschäftigen und überlegen, ob die etwas für uns vielleicht mit leichter Veränderung sein können. Die Verwaltung ist wohl nicht der Meinung, dass dieses System etwas ist, wir sind dennoch soweit, dass wir sagen, lassen Sie es uns wenigstens in die Ausschreibung mit aufnehmen, dann könnte KVJS auch mitmachen und sich einbringen. Dann würden wir uns auch intensiver mit diesem Thema beschäftigen.

Stadtrat Hermanns (SPD): Ich möchte noch etwas weiter zurückgehen. Im Jahre 2009 wurde im Rahmen eines Großantrages, bei dem es um 40 Millionen Euro für die Gesamtregion ging ohne öffentliche Ausschreibung versucht, einen Weltkonzern an den Standort hier zu binden. Das war ein Versuch, über dieses Kita-Portal diesen Weltkonzern an uns zu binden. Es war am Ende aber für diesen Weltkonzern eine zu kleine Aufgabe, und deswegen hat man jemanden beauftragt, der dann dieses Gebilde entwickelt hat, welches weder die Bürger noch die Verwaltung noch uns Gemeinderäte glücklich macht. Das ist die Ausgangslage aus unserer Sicht. Wir sind dafür, dass das Kita-Portal den absolut neusten Standards entsprechen muss, was uns als IT-Standort definitiv gut zu Gesicht steht. Was ich aber nicht so ganz verstehe, ist Ihr Antrag, weil die Verwaltung schon dabei ist, eine Ausschreibung vorzubereiten, damit eben jetzt zügig eine Beauftragung nach neuem Stand und den Erkenntnissen der letzten 8 Jahre stattfinden kann. Nach vergaberechtlichen Kriterien ist es schon etwas grenzwertig, Einzelanbieter schon vorab zu bevorteilen. Sie haben eine Vormarktanalyse gemacht, was es auf dem Markt gibt. Deswegen sind wir der Meinung, dass man jetzt nicht noch mal eine Marktanalyse tätigen sollte, sondern dass man genauso, wie es die Verwaltung vorgeschlagen hat, jetzt in das Ausschreibungsverfahren geht. Dann kann man sich mit den Anbietern, die hoffentlich aus ganz Deutschland kommen auseinandersetzen, und dann kann die beste Lösung gefunden werden.

Ich will auch noch einen Punkt ansprechen, vielleicht ist das auch etwas für unsere Gemeinderatsklausur: Inwiefern wollen wir uns in die Verwaltungsarbeit einbringen? Wollen wir schon bei Ausschreibungskriterien mit involviert sein, nach welchen Kriterien und wo sind wir denn involviert? Das sind für mich Fragestellungen, die wir jetzt nicht an einem Einzelfall abarbeiten sollten, sondern für uns grundsätzlich klären sollten. Wo wollen wir als Gemeinderat mit involviert sein, und wo ist es einfach nur eine normale Verwaltungstätigkeit die uns erstmal nichts angeht. Wir geben die Rahmen vor und können dann über das Ergebnis noch mal abstimmen. Aber diesen Zwischenprozess sehe ich jetzt nicht als Kernaufgabe für uns als Gemeinderäte, da involviert zu sein. Die Intension, darauf aufmerksam zu machen, Kita-Portal ist wichtig und dass wir die beste Lösung am Besten kostenfrei finden, findet unsere Zustimmung, aber in dem jetzigen Verfahrensstand ist dieser Antrag nicht hilfreich, und deswegen wird unsere Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Der Antrag war genau goldrichtig, es geht nämlich nicht darum, ob wir uns unzulässigerweise in Verwaltungsangelegenheiten einmischen, sondern die Vorgeschichte hat Frau Meier-Augenstein schon geschildert, Kitanet hat lange nicht funktioniert. Wir haben auch alle Fraktionen gedrängt, dass endlich eine Möglichkeit gefunden wird, wie wir ein funktionierendes und bedarfsgerechtes Anmeldeverfahren in Karlsruhe bekommen. Erst das hat dann dazu geführt, dass die CDU-Fraktion die Anfrage gestellt hat. In der Folge dann, nachdem wir erfahren haben, dass eine Ausschreibung stattfinden soll, haben wir erfahren, dass es diese kostenlose Anwendung vom KVJS gibt. Hier zahlen wir mit unseren kommunalen Mitteln solche Entwicklungen, die vom KVJS dann den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Insofern war es für uns auch ein Anliegen, zu klären, inwieweit es nicht auch möglich wäre, dass wir diese Software als Anmeldeverfahren auch in Karlsruhe anwenden und auch kein Geld ausgeben müssen. Das war das Anliegen dieses Antrages, und wir haben, ohne die rechtliche Situation im Detail zu kennen, gefragt, ob es nicht möglich wäre, in einer Marktanalyse das KVJS-Anmeldeportal oder was andere anbieten zu vergleichen. Nachdem Sie uns nun gezeigt haben, insofern war das auch gut, dass wir diesen Antrag gestellt haben, dass das was wir im Vergleich gewünscht haben, schon einem formalen Ausschreibungsverfahren gleich käme und auch rechtlich bindend wäre, haben wir gesehen, das können wir so nicht machen und infolgedessen ist für uns Punkt 1, weil wir die Rechtslage kennen, auch erledigt.

Wie wir in Absprache geklärt haben, sind die weiteren Punkte für uns auch erledigt. Wir wissen jetzt, dass das KVJS-Verfahren auch in die Ausschreibung einbezogen wird. Dann kann auch geklärt werden, und das ist für uns sehr wichtig, was kann an diesem Softwareverfahren geändert werden, damit es unseren Bedürfnissen entspricht, denn das ist bis jetzt noch nicht überprüft worden. Wir haben somit eine Ausschreibung, wir sehen, dass dieses Verfahren in Ordnung ist und hoffen, dass wir dann im Ergebnis für uns, die Stadt Karlsruhe und die Eltern, für die das in der letzten Zeit durchaus ein Ärgernis war, ein vernünftiges Kita-Portal in Karlsruhe bekommen, das für uns als Großstadt auch gut funktioniert. Insofern legen wir jetzt keinen Widerspruch gegen das Auswahlverfahren ein, sondern wir akzeptieren die Vorgehensweise der Stadtverwaltung.

Stadtrat Cramer (KULT): Für mich ist das Stichwort Ausschreibung. Ich habe das so verstanden, dass die Ausschreibung erst laufen wird, also noch nichts passiert ist. Da möchte ich anregen, dass wir vor 6 Jahren das Thema schon einmal hatten, da wurde bw-kita.de ins Spiel gebracht. Das war eine Homepage in Baden-Württemberg, als Projekt bw-kita Bayern in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt wurde. Das wurde damals problematisiert, weil man sich schon auf das smartKITA festgelegt hatte. Da würde ich vorschlagen, dass man nochmal schaut, ob das bw-kita.de auch eine Plattform wäre, die man da mit in die Ausschreibung nehmen könnte.

Der Vorsitzende: Wir würden jetzt so verfahren. Der Kollege Bürgermeister schlägt gerade vor, dass er gerne morgen im Jugendhilfeausschuss noch ein paar Sätze zum aktuellen Stand sagt. Wenn das begehrt wird, können Sie einfach im nichtöffentlichen Teil noch mal kurz den Sachstand miteinander ausdiskutieren. Dann können wir es heute dabei bewenden lassen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
7. April 2017